

Gastbeitrag

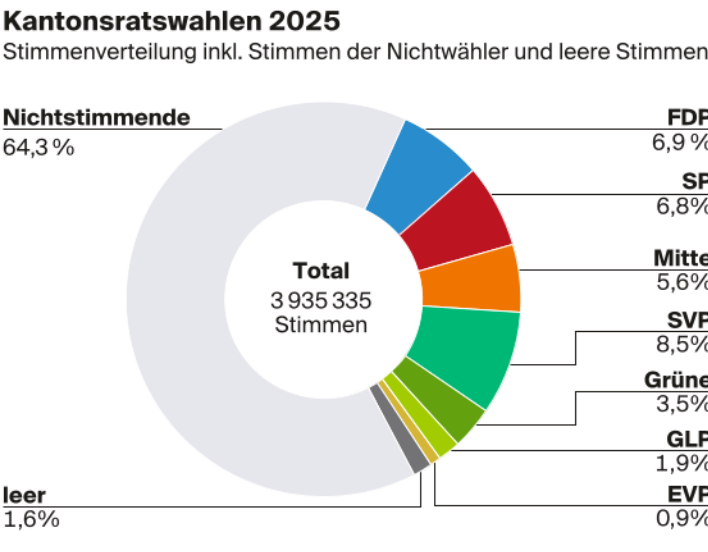
Viele Stimmberechtigte, wenige Stimmen

Stellen wir uns vor, der Kanton Solothurn würde ein Fussballspiel austragen: Die Mannschaften laufen auf, aber die Tribüne bleibt mehrheitlich leer. Genau so sehen die Kantons- und Regierungsratswahlen aus.

In den 1980er Jahren lag die Beteiligung bei Kantonsratswahlen im Kanton Solothurn noch zwischen 56 und 60 Prozent. Seither ist sie fast durchgängig gesunken. Im Jahr 2009 fiel sie mit 36,8 Prozent erstmals unter 40 Prozent. Bei der letzten Wahl im Jahr 2025 lag sie bei 35,8 Prozent, der zweittiefste Wert nach 2017 (35,3 Prozent).

Bleiben wir bei der Wahl 2025 und verdeutlichen, was diese Teilnehmerzahl für das Ergebnis konkret bedeutet. 2025 gingen 1,4 Millionen Stimmen für die Kantonsratswahlen ein. Die 183'909 Stimmberechtigten hätten aber insgesamt knapp vier Millionen Stimmen zu vergeben gehabt.

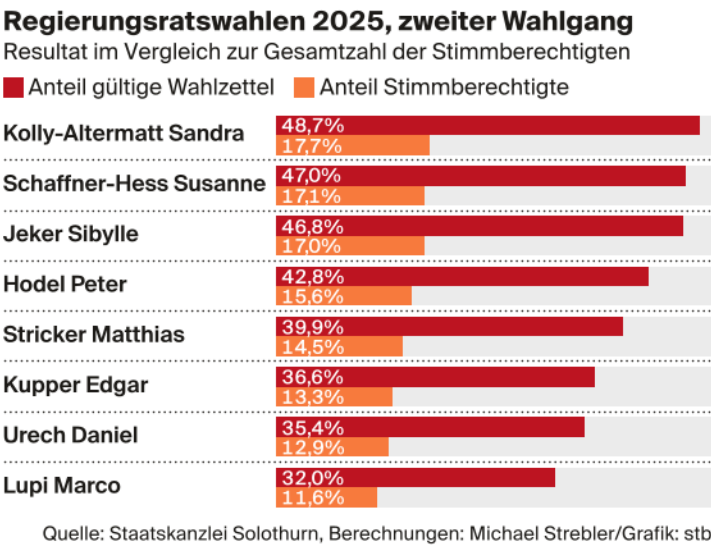
Betrachtet man nun, wie viele Stimmen die Parteien von diesen theoretisch zu vergebenden, knapp vier Millionen Stimmen erhalten haben, zeigt sich, um es am Beispiel der wählerstärksten Partei zu verdeutli-



chen, dass die SVP auf einen Anteil von 8,5 Prozent kommt. Absolut gesehen somit nur 1,6 Prozent mehr Stimmen als die nächststärkste Partei (FDP). Nicht abgegebene Stimmen (64,3 Prozent!) sowie die leer eingelegten Stimmen (1,6 Prozent) werden für die Berechnung der Parteienstärke aber nicht berücksichtigt, wodurch der Anteil der SVP auf 24,9 Prozent ansteigt. Die Verschiebung zwischen allen Stimmen der Stimmberechtigten und den für die Sitzverteilung relevanten abgegebenen Stimmen wird in den Grafiken verdeutlicht.

Beim zweiten Wahlgang für den Regierungsrat mussten alle fünf Sitze besetzt werden. Von den eingegangenen 66'793 Wahlzetteln, was einer Stimmbeteiligung von 36,5 Prozent entspricht, erzielte Sandra Kolly mit rund 49 Prozent das beste Ergebnis. Dies entspricht jedoch nur einem Anteil von rund 18 Prozent aller Stimmberechtigten.

Die geringe Wahlbeteiligung soll hier nicht den Kandidatinnen und Kandidaten der Kantons- und Regierungsratswahlen angelastet werden. Im



Gegenteil: Ihr Engagement ist bemerkenswert und verdient Anerkennung. Es wird beinahe rund um die Uhr geweibelt, um die Wählerschaft zu mobilisieren und an die Wahlurne zu bringen. Dieser enorme Zeit- und Ressourcenaufwand widerspiegelt den Ertrag – im Sinne einer hohen Wahlbeteiligung – nicht, wenn zwei Drittel der Stimmberechtigten ihr Wahlrecht nicht wahrnehmen.

Um das Bild des Fussballspiels aufzugreifen: Wahlen sollten als Champions League der Demokratie begriffen werden.

Aber: Während das Ergebnis der Champions League für die meisten Zuschauer faktisch weder direkte noch indirekte Folgen für ihr Leben hat, bewirken Wahlen etwas. Ihre Auswirkungen sind die Richtung, in der sich die politischen Entscheidungen entwickeln und wie diese konkret ausgestaltet werden. Wahlen betreffen unser aller Leben.

Manchmal wird das Gegenteil behauptet, weil immer wieder über Sachvorlagen abgestimmt wird, aber diese Einschätzung kollidiert mit dem politischen

Alltag. Einerseits macht es einen Unterschied, wer (Personen, Parteien) die politische Verantwortung innehat. Diese entscheiden über die Ausgestaltung von Vorlagen. Andererseits stimmen wir nur über einen sehr kleinen Teil der Vorlagen überhaupt ab. Die Wählenden haben eine Auswahl (sehr) unterschiedlicher Parteien und verschiedener Persönlichkeiten, mit anderen Überzeugungen und Lebensgeschichten. Nichts wäre verfehelter als zu sagen, alle würden gleich entscheiden.

Die tiefe Beteiligung ist mehr als eine Zahl – sie sollte als Auftrag verstanden werden. Ein Auftrag, Lösungen zu suchen, wie die Beteiligung, optimistisch formuliert, wieder gesteigert werden kann, pessimistisch formuliert, nicht noch weiter sinkt.



Michael Strebel ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt politische Systeme.